Aus dem Bundeshaus

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 11

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

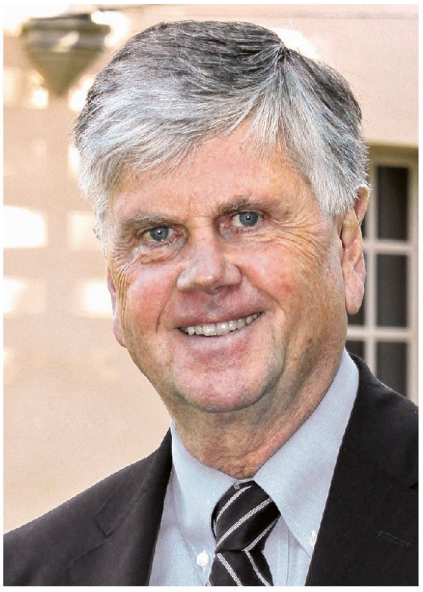
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Roths muss die OSZE eine Schlüsselrolle spielen. Es sei «grossartig», dass die Schweiz dieses Jahr das Präsidium innehabe.

Für eine harte Linie gegenüber Russland plädierte vor allem der polnische Botschafter in Deutschland, Jerzy Józef Margański. Nun sei die Zeit gekommen, von alten Denkmustern Abschied zu nehmen. Als wesentlichen Mangel beklagte der Diplomat das Fehlen einer dauerhaften militärischen Präsenz der NATO in den osteuropäischen Bündnisländern. Einen etwas anderen Akzent setzte – erwartungsgemäss – Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Partei «Die Linke», in wortgewandten Diskussionsbeiträgen. Eine europäische Friedensordnung werde nur dann stabil sein, wenn es gelingen sollte, mit Russland gleiche Beziehungen aufzubauen, wie sie unter den EU-Mitgliedsstaaten üblich seien. Wenn Länder wie die USA, die selber Völkerrecht verletzt hätten, Russland vorwürfen, es verstosse gegen völkerrechtliche Bestimmungen, mache dies im Kreml keinen Eindruck.



Die Welt ist nicht sicherer geworden: Hans-Dieter Heumann, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Bild: BAKS

Die Wirkung der gegen Russland ergriffenen Sanktionen wurde kontrovers beurteilt. Klar wurde hingegen konstatiert, dass sich Europa einen «Erdgaskonflikt» mit Russland nicht leisten könne. Und unwidersprochen blieb die Feststellung, dass die USA von Europa Sanktionen verlange, ohne dabei die amerikanische Wirtschaft zu gefährden.

Migration – auch ein Sicherheitsproblem

Unter dem Eindruck der Blutspur des Islamischen Staates im Irak und in Syrien diskutierten Podien und Plenum die gravierende Flüchtlingssituation im Gesamtrahmen. Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Dieser Druck werde noch zunehmen, meinten die anwesenden Experten. Zerfallende staatliche Strukturen erschweren den Dialog über Flüchtlingsprobleme, beispielsweise mit afrikanischen Ländern. Stabile Strukturen, Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsprogramme für Soldaten könnten dazu beitragen, die Flüchtlingsströme zu reduzieren, denn nicht alle Menschen, die nach Europa fliehen, wollen ihre Länder definitiv verlassen. Für solche Projekte fehlen aber die notwendigen Gelder, auch in der Zentralafrikanischen Republik. Einig war man sich an der Tagung, dass die Lasten besser verteilt werden müssen. Zurzeit tragen Deutschland, Frankreich und Schweden die Hauptlast.

Die mit der Migration verbundenen sicherheitspolitischen Probleme stellte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Günter Krings, dar. Mit der Radikalisierung von Rückkehrern aus Syrien und der Möglichkeit von weiteren Terrorakten in Europa sei zu rechnen. So gesehen beurteilt Krings die Unterstützung der Friedenskonsolidierung als vorrangige Aufgabe, auch wenn die materielle Basis für die Sicherheitsvorsorge schmaler werde. Konkret nannte er die deutschen Polizeimissionen in Afghanistan, Afrika und in Kosovo. In ähnlichem Sinn argumentierte auch der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Thomas Silberhorn. Auch er mass der Prävention einen erstrangigen Stellenwert zu.

Wie Krings weiter erklärte, wird auch das Grossverbrechen, das sich zurzeit neue grenzübergreifende «Gewinnfelder» erschliesst, ins Visier genommen. Ein neues Konzept zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität steht beim Bundeskriminalamt in Bearbeitung. ■

Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH

Aus dem Bundeshaus

Nationalrat (NR) und Ständerat (SR) entschieden über militärpolitische Geschäfte mit Schwergewicht Finanzen, Immobilien und Rüstung.

Der NR verabschiedete als Zweitrat das «Programm zur Beschaffung und Ausserdienststellung von Rüstungsmaterial 2014» (14.030), indem er den Bundesbeschluss über die Beschaffung genehmigte und auf denjenigen über die Ausserdienststellung nicht eintrat. Er stimmte als Erstrat einer Motion «Rüstungsprogramm 2015 plus» seiner Sicherheitspolitischen Kommission (14.3660) sowie dem «Bundesbeschluss über die Immobilien des VBS für das Jahr 2014» (14.052) zu. In den Fragestunden ging es um Armee-Einsatzbereitschaft (14.5310), «Periodische Berichte über die der Armee gesetzten Ziele» gemäss Art. 149b Militärgesetz (14.5385), eigenständige Sturmgewehr-Produktion durch die Schweizer Industrie (14.5420) und erhöhte Bereitschaft der Armee-Einsatzverbände (14.5453). In einer Interpellation aus der FDP-Fraktion werden dem Bundesrat Fragen zur «Lebensdauerverlängerung der Tiger (Teil-)Flotte» gestellt (14.3741).

Nach dem NR genehmigte auch der SR eine Motion, wonach der Bundesrat beauftragt wird, im Militärgesetz (510.10) den Grundsatz eines mehrjährigen Armee-Zahlungsrahmens festzuschreiben (13.3568). Der SR behandelte drei Interpellationen zu «Weiterentwicklung und Finanzierung der Armee inhaltlich, zeitlich und materiell in Übereinstimmung bringen» (14.3452), zur Ausserdienststellung der F-5 Tiger und Sicherstellung der Luftüberwachung (14.3473) und zur Zukunft der F-5 Tiger und der Patrouille Suisse nach dem Nein zum Gripen (14.3575). Die Sicherheitspolitische Kommission des SR führte einen Tag lang Anhörungen durch zur «Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee» vom 3. September 2014 (14.069).

Oberst Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE